

D-A-CH Positionspapier Pflege

Die berufspolitischen Vertretungen der Pflegeberufe in den drei D-A-CH-Ländern, Deutschland, Österreich und Schweiz, legen hiermit ein gemeinsames Positionspapier mit gemeinsamen Forderungen an die politischen Entscheidungsträger vor.

Pflegefachpersonen sind durch die Pandemie in mehrfacher Hinsicht über die Maßen belastet. Sie arbeiten unter enormem Leistungsdruck und zunehmend in Situationen, die die individuelle Leistungskraft, aber teilweise auch die des gesamten Gesundheitssystems, überschreiten. In der Intensivpflege werden COVID-Patientinnen und Patienten hochkomplex und aufwändig gepflegt. Trotzdem muss hier eine hohe Sterblichkeitsrate verkraftet werden. In der Langzeitpflege treten trotz aller Vorsichtsmaßnahmen vermehrt Infektionen in Pflegeheimen auf, mit fatalen Folgen für die dort versorgten Menschen. Darüber hinaus gehören Pflegefachpersonen durch ihre Berufstätigkeit zu den Hochrisikogruppen für eine Ansteckung und potenzieller Gefährdung der Gesundheit ihrer Angehörigen. Laut WHO sind 10 % der an COVID-19 erkrankten Personen Angehörige der Gesundheitsberufe.

Hinzu kommen Unwägbarkeiten und eine Dynamik der Pandemieentwicklung und ihrer Bekämpfung, einschließlich der Sorge, ob wichtige Ausstattung und Schutzmaterialien in ausreichender Menge und Qualität verfügbar sind und bleiben. Immer öfter erkranken Pflegefachpersonen selbst oder müssen in Quarantäne, was den Arbeitsdruck auf die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen erhöht. Trotzdem lehnen wir eine Verpflichtung zur Arbeit trotz positivem COVID-19-Test ab, auch wenn keine messbaren Symptome vorliegen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die politisch Verantwortlichen sowie die Kostenträger und Arbeitgeber auf, für eine umfassende Unterstützung der Pflegefachpersonen zu sorgen. Die personellen Kapazitäten zur Versorgung müssen gestärkt werden. Dieses bedeutet ausreichende Schutzausrüstung besonders für die ambulanten Pflegedienste. Es muss konkrete und niederschwellig zugängliche Unterstützungsangebote für die psychischen Belastungen der Pflegefachpersonen geben. Pflegefachpersonen müssen zu der Gruppe mit höchster Priorität bei den Impfungen gehören und zwar in allen pflegerischen Settings – einschließlich der freiberuflichen, häuslichen und mobilen Pflege.

Wir lehnen eine Verpflichtung zur Impfung ab. Wir setzen auf informierte Entscheidungsfreiheit der von uns vertretenen Berufsgruppen der professionellen Pflege. Dem vielzitierten Vorwurf der Impfunwilligkeit von Pflegepersonen stellen wir die mangelnde Impfstoffverfügbarkeit und die landesweite heterogene Umsetzung entgegen. Es braucht niederschwellige und den Zielgruppen in allen Settings angepasste Informationen sowie höchste Transparenz über Wirksamkeit und Sicherheit der zugelassenen Impfungen.

Das Engagement der Pflegefachpersonen sowie anderer Berufe im Gesundheitswesen und der Langzeitpflege muss auch materiell anerkannt werden. Diese Gesten der Wertschätzung sind nach einer Phase der hohen Belastung besonders wichtig. Dabei ist auf eine gerecht verteilte und angemessene finanzielle Entschädigung zu achten. Darüber hinaus braucht es nach der Pandemie zusätzliche Erholungsangebote, wie etwa einmalig zusätzliche Urlaubstage.

Wir fordern eine strukturell verankerte Einbindung von unabhängigen Expertinnen und Experten aus der professionellen Pflege auf allen Entscheidungsebenen bei pflegerelevanten Fragestellungen unter der Leitung eines/r Chief Nursing Officers in den nationalen Gesundheitsministerien. Wir sind der Überzeugung, dass auf die Expertise der Pflege nicht verzichtet werden kann, was im Verlauf der aktuellen Pandemie einmal mehr deutlich sichtbar wurde.

Um für die Zukunft gerüstet zu sein, müssen die Planung für und Vorbereitung auf die nächste Pandemie zeitnah erfolgen und die Lagerhaltung der notwendigen Schutzmaterialien systematisiert werden. Infektionskrankheiten mit Epidemiepotenzial, ihre Übertragungswege und die Prävention müssen in die verschiedenen pflegerischen Aus- und Weiterbildungsprogramme aufgenommen und Masterprogramme zum Thema «Desaster Nursing» und «Infectious Disease Control» entwickelt werden. Alle präventiven Anstrengungen müssen politisch unterstützt werden, um auf weitere Epidemien und Katastrophenfälle vorbereitet zu sein. Pflegefachpersonen können hierzu einen umfänglichen Beitrag leisten.

Kontakt:

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe - Bundesverband e.V.
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de